

Dienstag, 23. Dezember 2025, Hersfelder Zeitung / Schenklengsfeld

Kein Geld für Schulsozialarbeit

Schenklengsfelder Parlament lehnt Antrag der SPD-Fraktion ab



Die Gesamtschule Schenklengsfeld ist die einzige weiterführende Schule im Kreis ohne Sozialarbeit. © ArchivFoto: Peter Lenz

Oberlengsfeld – Rund zwei Stunden lang tagte die Schenklengsfelder Gemeindevertretung am Donnerstagabend im Dorfheim Oberlengsfeld (wir berichteten). Weitere Themen und Beschlüsse der Sitzung im Überblick:

■ Schulsozialarbeit

Mehrheitlich abgelehnt wurde ein Antrag der SPD-Fraktion, 20.000 Euro zur anteiligen Finanzierung einer Schulsozialarbeiterstelle an der Gesamtschule Schenklengsfeld in den Haushalt des kommenden Jahres einzustellen.

Die Sozialdemokraten hatten dabei auf die an den übrigen Schulen des Kreises praktizierte Drittteilung der Kosten zwischen Kreis, Land und gemeindlicher Ebene gesetzt. Für deren Drittel sah der Antrag vor, auch die Bürgermeister von Philippsthal, Hohenroda und Friedewald mit ins Boot zu holen, aus deren Kommunen eine größere Zahl von Schülern die Bildungseinrichtung besucht.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Tanja Hartdegen sprach von Hilferufen aus

der Gesamtschule, die als einzige weiterführende Bildungseinrichtung im Kreis über keine Sozialarbeiterstelle verfügt, und verwies zur Finanzierung auf die frei verwendbare Soforthilfe des Landes in Höhe von 104.500 Euro. Bei einer Übernahme der Gesamtkosten durch den Kreis müssten die hingegen über die Schulumlage an die Kommunen weitergeben werden, argumentierte sie.

„Wir wissen um die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit“, betonte Bürgermeister Andre Wenzel, der allerdings den Kreis als Schulträger in der Pflicht sah und darauf verwies, dass seine Kollegen aus Hohenroda und Friedewald diese Position teilten (wir berichteten). Ähnlich argumentierte auch Matthias Vollmer (Zukunft Miteinander), der im SPD-Antrag konkrete Angaben zur dauerhaften Finanzierung vermisste und den Sozialdemokraten deshalb Naivität oder aber bewusste Irreführung vorwarf.

■ Windpark

Bei einer Gegenstimme der Bürgerliste votierte das Parlament mehrheitlich für den Abschluss eines Grundstücknutzungsvertrags mit dem Projekter der Windparks Wippershainer Höhe für versiegelte Flächen und Wege. Konkret geht es dabei um Parzellen in Wippershain, Schenksolz, Wüstfeld, Dinkelrode, Schenklengsfeld und Malkomes, die entweder für die Verlegung von Erdkabeln benötigt, oder aber beim Transport der Anlagenteile betreten, befahren oder überschwenkt werden sollen. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 2050 und kann zweimal um je fünf Jahre verlängert werden. Die Kommune erhält ein jährliches Weg-Entgelt von einem Euro pro Quadratmeter, ein einmaliges Bereitstellungsentgelt von 500 Euro sowie einmalig einen Euro pro Quadratmeter für vorübergehend erstellte Wege.

■ Resolution

Ebenfalls einstimmig verabschiedeten die Mandatsträger eine Resolution, in der das Land Hessen zur Ansiedlung des neu zu gründenden Registergerichts in Bad Hersfeld aufgefordert wird. Schenklengsfeld erhofft sich davon eine Stärkung des ländlichen Raums sowie des gesamten Landkreises Hersfeld-Rotenburg.

■ Bauleitplanung

Mit ihrem einstimmigen Satzungs- und Feststellungsbeschluss haben die Mandatsträger zudem das Bauleitverfahren zur Ausweisung eines Mischgebiets am nordöstlichen Ortsrand von Wippeshain abgeschlossen. Der geänderte Flächennutzungsplan, der nun dem Regierungspräsidium Kas-

sel zur Genehmigung vorgelegt wird, und der zugehörige Bebauungsplan, der anschließend durch öffentliche Bekanntmachung in Kraft tritt, sollen dem Eigentümer den Bau von privatem Wohneigentum mit Anlagen für den Betrieb einer Kelterei ermöglichen (wir berichteten).

JAN-CHRISTOPH EISENBERG